

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementpreis vierteljährlich 12 Mark (ohne Beifall). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionsschluß: Montag morgens 8 Uhr

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Staat und Wirtschaft

Gedanken zur Verwirklichung des Ehener Programms

Von Adam Stegerwald.

Der heutige Staat beruht auf einer völlig anderen Grundlage wie vor 1918. Er muß sich daher heute viel stärker als ehedem auf die organisierten Wirtschaftskräfte des Landes stützen. Das ist keine zufällige Entwicklung. Die Wirkungsmöglichkeiten der politischen Parteien sind beschränkt und eben deswegen gewinnen die wirtschaftlichen Mächte im Staate dauernd an Einfluß. Damit stehen wir vor der Frage: Wie wird sich in Zukunft die Sellung der wirtschaftlichen Berufsgruppen zum Staat gestalten?

Diese Fragestellung geschieht aus der Besorgnis, daß die

wirtschaftlichen Kräfte die Staatsautorität überwuchern,

wenn nicht sogar über einen nationalen Staat hinauswachsen. Wir stehen vor einer Reihe von Fragen, die wir beantworten müssen: Befinden wir uns in einem Zeitalter staatlicher Machtauslösung? Stehen wir vor einer Wiederkehr der Zeitspanne unserer vaterländischen Geschichte, in der wieder die corporativen (genossenschaftlichen) Gedanken mit ihren guten und schlechten Folgen den Staat überwuchern? Ist die Ausdehnung der wirtschaftlichen Interessengruppen und der Berufsorganisationen der Anfang einer folgenden Entwicklung? Haben wir es mit einer Verfallsscheinung zu tun insofern, als in diesen wirtschaftlichen Gruppen der „Branchenegoismus“ in höchster Form hervortritt und das Nationale der Volksgemeinschaft ausköhl? Oder stehen wir vor einer Reaktion gegen die natürliche Übergangsphase des staatlichen Machtgedankens während des Krieges und gegen den Glauben an die Herrschaft der Willkür in der Geschichte, die aus dem uns aufgezeigten Friedensvertrag spricht?

Es ist über allem Zweifel sicher, der Staat, so wie wir ihn von früher kannten, befindet sich in einer fortwährenden Verzerrung, und zwar nicht erst seit der Revolution. Die wirtschaftlichen Kräfte haben schon vor dem Kriege die Politik des Staates stark bestimmt, nur die Arbeiterbewegung hatte früher darauf geringen Einfluß. Die Einflüsse der wirtschaftlichen Gruppen, vor allem des Großkapitals, wurden in Deutschland gemildert durch die grundsätzlich nach allen Richtungen tendierenden Anschauungen, die mit der Monarchie, dem Beamtenamt und dem Heere, besonders dem Offizierkorps, verbunden waren. Alle drei waren ihrer Grundtendenz nach antikapitalistisch. Sie ruhten auf Antheilungen früherer Traditionen, die man sich bemühte wenigstens äußerlich weiterzupflanzen. Zur kapitalistischen Sphäre konnte weder im Beamtenamt noch im Heer irgend jemand zu politischem Einfluß und Macht gelangen. Maßgebend war in stärkerem oder geringerem Grade der alte Begriff der Standesehrte und der persönlichen Unabhängigkeit an den Monarchen. Insofern hat die Revolution eine vollkommen andere Basis geschaffen. Das Heer ist bis auf einen kleinen Rest aufgelöst und

das Beamtenamt

in eine völlig andere rechtliche und tatsächliche Stellung hineingebracht worden. Es ist ganz natürlich — und das wiederholt sich immer wieder in der Geschichte parlamentarisch regierter Staaten —, daß, wenn das Beamtenamt aus seiner gesellschaftlichen Stellung und aus seiner entscheidenden Macht verdrängt wird, es sich nicht mehr wie früher aus gleich fähigen Fachräumen zusammensetzen kann. Die Folge ist entweder eine Zerrüttung der Verwaltung oder aber die Entstaatlichung einer Reihe von Funktionen, die seither dem Staat ausschließlich oblagen. Während des Krieges wurden eine Reihe amtlicher und halbamtlicher Organisationen geschaffen und mit Persönlichkeiten besetzt, denen die alten Beamteigenschaften abgingen. Diese haben zum Teil das Beamtenamt angestellt und so ist

auch in Deutschland die vor dem Kriege zweifellos vorhandene Unbestechlichkeit des Beamtenamts zu einem großen Teile geschwunden.

Deutschland ist als Staat und Nation, soweit es heute noch existiert, in den kritischen Monaten nicht gerettet worden durch die politischen Parteien. Es ist gerettet worden durch freiwillig organisierte Freiwilligenkorps und es ist gerettet worden durch wirtschaftliche Bezirksgruppen, die noch genügend intakt und deren Führer sich der Verantwortung der Stunde bewußt waren. Ohne die Tätigkeit der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die im November 1918 gegründet wurde und die fast ausschließlich die erstaunlich rasche Unterbringung der demobilisierten Massen in Arbeitsgebiete bewirkte, wäre der Zusammenbruch ein noch viel größerer gewesen. Hier liegt die Geburtsstunde der großen Machtverschiebung des Staates, vor der wir heute stehen. In diese Situation hinein kam von Russland her der

Rätegedanke.

In der russischen Räteverfassung waren wirtschaftliche und politische Macht vereint. Sie bedeutete aber keine eigentliche staatliche Verwaltung. Sie war nur das Produkt der Auflösung und stellte die Diktatur kleiner Minderheiten dar, die mit brutalen Machtmitteln den Staat zusammenhielten. Das war die Situation, in der die Nationalversammlung in Weimar dem deutschen Volke eine neue Verfassung geben sollte. Hat die Weimarer Verfassung eine klare Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft gegeben? Darauf ist mit einem glatten „Nein“ zu antworten. Das war auch schon deshalb nicht möglich, weil ihre Gestaltung unter dem Zwang des Friedensvertrages stand, dessen § 178 besagt, daß alle die Bestimmungen der Verfassung, die in irgendeinem Punkt dem Verfaßter Vertrag entgegenstehen, nicht ausgeführt werden dürfen. Wir können heute nicht mehr als freies Volk Staat und Wirtschaft entwickeln, sondern wir müssen infolge unserer Entwaffnung und Schwäche das tun, was unsere Gegner von uns verlangen. Aber nicht nur infolge des außenpolitischen Drucks ist die Weimarer Verfassung ein Torso geblieben. Söderative Verwaltungsdezentralisation, demokratischer Dezentralismus, nationaler Einheitswillen und die restituerenden Kräfte des berufständischen Gedankens liegen nebeneinander wie Modelle, die noch nicht durch die Glut des Feuers zu einer einheitlichen Legierung zusammengeschmolzen sind. Das Verhältnis der Einzelstaaten zur Reichsverwaltung ist nicht geregelt worden. Die organische Gliederung des Reichswirtschaftsrats oder der Zentralarbeitsgemeinschaft in die gegebenen Gewalten ist nicht erfolgt. Das söderative Prinzip verkörpert durch den Reichsrat, der demokratische Parlamentarismus des Reichstags und der berufständische Gedanke des Reichswirtschaftsrats stehen in keinen Beziehungen, die eine einfache Arbeit der ganzen Selbstverwaltung garantieren und damit eine sichere Basis für eine reibungslose Verwaltung schaffen.

Es kommt hinzu, daß die Revolution nicht eine Bindung des Egoismus und des Kapitalismus gebracht hat, sondern ihre äußerste Entfesselung. Noch nie ist das deutsche Volk so bewußt worden wie seit der Revolution. Heute gehen die fast unzähligen Kanäle der Hochfinanz heimlich in alle Parteien hinein, auch in jene, die sich äußerlich als die schärfsten Belämpfer des Kapitalismus gebären.

Wenn diese Kräfte in der Politik lebendig sind, so fragt man sich, weshalb schafft man nicht Institutionen, in denen die gegenseitig widerstreitenden wirtschaftlichen Interessen sich unter starker Aufteilung der Arbeitnehmer und Verbraucher das Gleichgewicht halten. Das ist im Grunde die Idee des Reichswirtschaftsrates. Ich glaube, daß diese Idee etwas in sich absolut Gesundes hat. Deshalb muß der Reichswirtschaftsrat organisch in die Gesetzgebung eingefügt werden und darf nicht nur vorbereitenden Charakter haben. Sie

Staatsverwaltung und Gesetzgebung, muß einfach sein, wenn sie wirksam sein soll. Ich sehe keinen andern Ausweg als eine Vereinigung des föderalistischen Prinzips mit dem demokratischen Prinzip des allgemeinen Wahlrechts. An der berufständischen Vertretung müssen wir als Arbeitnehmer unter allen Umständen festhalten. Sie sichert den Arbeitnehmern durch die paritätische Vertretung den andauernden Einfluß und sichert weiter die Teilnahme von Fachleuten an der Gesetzgebung unter vorsorglicher Bedücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse jedes Landesteiles und jeder einzelnen Gruppe. Der Reichswirtschaftsrat arbeitet heute schon in mancherlei Hinsicht reibungsloser wie der Reichstag. Eine berufständische Vertretung für sich allein kann allerdings auch nicht in Frage kommen. Bei ihr besteht die Gefahr des Überwucherns des Branchenegoismus. Es ist heute nicht nur eine Gefahr für den Staat, sondern auch für die Arbeitersbewegung.

Wir sind uns vollkommen bewußt, daß nur eine höhere Auffassung des Berufs auf sittlich-religiöser Grundlage Staat und Gesellschaft sichern kann.

„Berufsethos“ gegen „Branchenegoismus“ muß die Parole sein! Die Parteien, wenn sie genügend groß und stolzstätig sind, können und sollen die Funktionen haben, die wirtschaftlichen Gegensätze zu mildern und ihren Kampf nicht bis zum äußersten sich verjüngen zu lassen. Der Kampf um weltanschauliche Ideale auf Grund des allgemeinen Wahlrechts hat noch eine weitere für die Verteilung des Staates elementare Aufgabe. Nicht eine berufständische Verfassung und nicht wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper können den Staat als solchen, der in der Einheitlichkeit von Staat und Nation besteht, in Seitenstärksten außenpolitischen Druck und stärkster wirtschaftlicher und verkehrstechnischer Entwicklung in seiner Vortrefflichkeit sichern. Die mit dem Wiederaufbau Europas und mit den Reparationsverpflichtungen verbundenen Fragen und Probleme müssen jedem Nachdenklichen die Augen darüber öffnen. Der Wiederaufbau des mitteleuropäischen Eisenbahntwesens, der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft, die Herstellung des finanziellen Gleichgewichts der Welt drohen die nationale Selbstbefestigung der Völker nicht nur einzuschränken, sondern in vielfacher Beziehung sogar aufzuheben. Wirtschaft und Geldfeinden keine nationalen und staatlichen Grenzen. Es darf nicht dazu kommen, daß die Wirtschaftsmittel Europas von dem egräischen Streben der internationalen Hochfinanz reguliert und ausgenutzt werden. Nur der in elementarer Form, auf Grund des allgemeinen Wahlrechts zum Ausdruck gelangende Willen des ganzen Volkes und sein Einfluß auf die jeweilige Regierung, sowie die orgiastische Beobachtung aller ihrer Verhandlungen können uns von diesen Gefahren retten. Das internationale Kapital gründet Zoffen und Unternehmungen, wo es am billigsten arbeiten kann. Es kann nicht das Ziel der Zukunft sein, ein Durcheinanderwirbeln der Völker herbeizuführen und die Schäftigkeit und damit auch die die Gesellschaft und Gemeinschaft erhaltenen Kräfte zu vernichten.

Hier muß der

nationale Staat

ein Vollwerk sein. Dem Innern des Menschen kann die Religion die Kraft zum Widerstand gegen derartige rivellierende Tendenzen geben. Aber nur der nationale Staat vermag zu verhindern, daß der Staat auch äußerlich zum Objekt einer nach dem Willen und den Gelehrten des internationalen Kapitals arbeitenden Maschine wird. Das Auslösen des nationalen Staates, das Überwuchern seiner Grenzen und seiner Autorität durch eine restlos von den Gesetzen des Kapitalismus regulierte gesellschaftliche Entwicklung bedeutet die endgültige Verzerrung der Arbeitnehmer. Nur im Rahmen eines nationalen Staates und einer nationalen Wirtschaft kann die berufständische Solidarität von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sich so

weiter bilden und vervollkommen wie es unser Ziel ist; daß der Arbeitnehmer nicht nur Objekt der Wirtschaft ist, sondern Mitträger und Mitbesitzer an den Produktionsmitteln. Dieser nationale Staat muß ruhen auf einer breiten wissenschaftlichen Basis, die ihre Wurzeln in den ewigen Wahrheiten des Christentums hat. Nur so kann die Autorität des Staates, die mit der sozialen Freiheit und der Selbständigkeit des einzelnen identisch ist, wiederhergestellt werden. Eine glücklichere und gesiegtere Zukunft muß gesichert sein durch das Zusammenarbeiten des Lebenswillens der Nation, der christlichen Weltanschauung und des Verantwortungsgefühls jedes einzelnen für seinen ganzen Beruf mit dem Ziel, die Interessen der Einzelnen und der einzelnen Berufsgruppen zu einem harmonischen Ganzen im Sinne einer nationalen Volksgemeinschaft zusammenwirken zu lassen.

Gleitende Löhne

Von Oskar Böhme

II.

Ein im Frühjahr dieses Jahres durch die Zeitungen gegangener Aufsatz des Herrn Reichsarbeitsministers Dr. Brauns brachte den beachtenswerten Vorschlag, nötigenfalls das System der gleitenden Lohnskala mit der Einrichtung einer kurzfristigen, schiedsgerichtlichen Lohnfestsetzung zu verbinden. Wir haben leider noch keinen zuverlässigen Wertmesser für das Steigen oder Fallen der Lebenshaltungskosten in den verschiedenen Städten und Bezirken, auch müssten, wie schon erwähnt, bereits vorher die Ausgangshöhen der Löhne eine angemessene Festlegung erfahren haben.

Es ist übrigens erforderlich, an den Ausbau der bereits im Februar 1920 erstmals eingeleiteten amtlichen Lohn- und Gehaltsstatistik zu denken, für die ein brauchbarer Entwurf eines Gesetzes im Reichstag eingebracht ist. — Die Berufsverbände sollten sich ebenfalls mit einer privaten Lohnstatistik mehr als bisher befassen, denn solche Überichten führen den maßgebenden Stellen vor Augen, in welchen Gegenenden oder Gewerbegruppen unter der Norm bezahlt wird.

Was die angestrehte Verbesserung der amtlichen Lebenshaltungsstatistik und Indexziffer (die sogenannte amtliche Zeuerungszahl) anlangt, so hat der Verfasser an dieser Stelle wiedeholt auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Gewerkschaften draußen im Lande selbst tatsächlich an der Verbesserung mitwirken. Auf eine richtige Preissteigerung in den einzelnen verschiedenen Orten ist schon deshalb besonders Wert zu legen, weil bei der Geschäftsnartigkeit der Zeuerungsziffern in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und Orten Deutschlands bei Gehalts- und Lohnfestsetzungen auf eine örtliche Vereinbarung zurückzukommen werden müßte. Für die Beamten wird zwar eine Reichsindexziffer in Betracht kommen, doch hängt hierbei die bekannte Ortsklasseneinteilung von der Richtigkeit der örtlichen Zeuerungsziffer ebenfalls wesentlich ab. Für die Arbeiter und Angestellten dagegen ist, weil die meisten Tarife örtlicher oder bezirklicher Natur sind, eine richtige Zeuerungsziffer in den einzelnen Orten eine Notwendigkeit. Das schließt nicht aus, daß auch die Reichsindexziffer bei weiterer Verbesserung ein brauchbarer Wertmesser bei Lohnfestsetzungen sein kann.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hatte gelegentlich ihrer im März 1922 in Köln stattgehabten Tagung sich mit der Frage der gleitenden Lohnskala eingehend beschäftigt und dabei einen ablehrenden Standpunkt eingenommen. Der ablehrende Standpunkt der Arbeitgeber hatte vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, manche bedeutsame und vernünftige Grundsätze, die sich sogar in mancherlei Hinsicht mit unsrer in dieser Abhandlung wiedergegebenen Anschauungen decken. Wenn von manchen Arbeitgebern das Wort für die Einführung einer gleitenden Lohnskala geredet wird, so liegen die Ursachen zumeist darin, daß sie einerseits glauben, die für sie unangenehmen Tarifverhandlungen los zu werden, zum anderen möchten sie bei einer guten Wirtschaftslage die Arbeitnehmerseite an einem günstigeren Entzug der Wirtschaft nicht teilhaben lassen. Die Arbeitgeber in Flensburg und Breslau sprechen sich außerdem über die in diesen Städten gewachten Erfahrungen aus. Dieses Lob der Arbeitgeber muß vorsichtig zur Voricht mahnun, denn es hat sich gezeigt, daß die Arbeitnehmer in diesen Städten leicht abgeschritten haben.

Die anderen Gewerkschaftsrichtungen haben sich hinsichtlich der gleitenden Lohnskala noch in keiner Weise festgelegt. Wenn bei den Kirch-Danckerschen Gewerkschaften beispielsweise Gelingen schon seit Jahr und Tag in mehr oder weniger verschwommenster Weise für eine gleitende

Lohnskala eintritt, so sind andererseits Neuerungen von anderen Persönlichkeiten des Gewerkschaftsringes vorhanden, die sich gegen eine solche Methode aussprechen. Ebenso sind bei den freien Gewerkschaften Stimmen für (z. B. Alexander Knoll vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund im "Vorwärts" vom 1. 3. 1922) und gegen eine gleitende Lohnskala (z. B. Clemens Nörpel im Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 25. 2. 1922) laut geworden.

Wenn hier die in Österreich gemacht werden Griffe ganz kurz gestreift werden, so geschieht dies aus dem Grunde, weil die dortigen Vorgänge sehr sehrreich sind. Seit der Revolution überstürzten sich dort durch die ununterbrochene sprunghafte Zenerung die Lohnbewegungen derart, daß sie zu einer öffentlichen Katastrophe wurden. Nachdem der Staat selbst durch die Bewegungen seiner Beamten und durch die andauernde Beunruhigung des gesamten Wirtschaftslebens in Mitleidenschaft gezogen worden war, wirkte die damalige Staatsleitung mittelbar durch die Anwendung einer gleitenden Lohnskala auf die Anwendung einer gleitenden Zulage bei den Lohnverträgen ein. Bei den Bestrebungen der deutschen Regierungen und mancher Beamten, gleitende Gehälter einzuführen, würde möglicherweise auch in Deutschland die Anwendung dieses Systems auf die privaten Betriebe, wie dieses in Österreich geschehen, übertragen werden. Selbst den dortigen Gewerkschaften erschien die Anwendung einer gleitenden Zulage zunächst als ein vorläufiger Ausweg aus den sich überstürzenden Lohnbewegungen. Man kann also fast behaupten, daß damals die Einführung der Gleitung von fast allen beteiligten Preisen als die beste Lösung des Zeuerungsproblems für Lohn- und Gehaltsempfänger angesehen wurde. Die Gewerkschaften sahen ferner in der Gleitung eine Möglichkeit, den besonders radikalen Elementen in den Gewerkschaften, die in den durch die rasche Verteuерung überholteten Verhandlungsergebnissen fortwährend neue Agitationssstoffe fanden, das Wasser abzutragen.

Zunächst sei festgestellt, daß das Tarifvertragswesen in Österreich nicht entfernt so vollkommen reguliert war und ist, wie im Deutschen Reich. In sehr vielen Fällen bedeutet in Österreich der Tarifvertrag keine Mitbestimmung bei der Festsetzung des Wertes bestimmter beruflicher Arbeitsleistungen, sondern er enthält nur eine sehr bedingte Mitbestimmung über den Ausgleich der fortschreitenden Zeuerung. Diese Zustände haben es mit sich gebracht, daß in Österreich Kollektivverträge bestehen, die Hungerlöhne enthalten, und solche, die mitunter wieder gute Einkommen aufweisen. Es zeigt sich also auch in Österreich, daß bei der Einführung einer gleitenden Lohnskala weniger die Gleitung, sondern die Gestaltung der Grundlöhne ausschlaggebend ist. Die österreichischen Einigungsämter, die den deutschen Schiedsgerichten entsprechen, haben übrigens nicht das Recht, im Kampf um einen neuen Tarif oder um die Verbesserung und Lohnhöhung eines bestehenden Tarifs einen Schiedsspruch zu fällen, sie können vielmehr nur die Einigung versuchen, sind aber ganz auf den guten Willen der beteiligten Parteien angewiesen.

Die Anwendung der gleitenden Lohnskala seit bald zwei Jahren hat in Österreich bei der Unsicherheit und der Geschäftsnartigkeit der Grundgehälter und der Grundlöhne dazu geführt, daß einzelne Industrien in Schwierigkeiten gekommen sind. Die gleitende Lohnskala in Österreich soll angeblich auch mit die Ursache dazu bilden, daß dort die Weltmarktpreise erreicht und teils überschritten ist. Im März 1922 haben deshalb in vielen wichtigen Industriezweigen Verhandlungen mit dem Ergebnis stattgefunden, daß die gleitende Lohnskala in vollem Ausmaße nicht mehr durchgeführt werden kann. Selbst die wichtigsten und stärksten Arbeitergruppen haben sich zu Konzessionen bereit finden lassen müssen, so daß gegenwärtig dahingehende Vereinbarungen getroffen worden sind, nach welchen die Wirkungen der gleitenden Lohnskala zunächst vorübergehend ausgefeiert werden sollen. Man ist auch in Österreich noch nicht im Bilde, was nunmehr in der nächsten Zeit geschehen soll.

Die Preisstaferei

Unter der Überschrift „Heranz aus dem Kalkulationsraum“ bringt die „Handelszeitung des Berliner Tageblatts“ (Nr. 436 vom 27. 9. 1922) folgende äußerst bemerkenswerte Ausführungen:

„Trotzdem die Devisenbewegung in der letzten Zeit zum Stillstand gelangt ist, geht die Preisstaferei im Inlande zum Teil noch immer weiter. Notwendig gewisse Roh- und Halbfabrikate-Industrien, die anlässlich der Dollarsteigerung nicht nur ihre Auswendungen für ausländische Rohstoffe, sondern die zunächst noch keineswegs in dem gleichen Ausmaß gestiegenen Kosten für die inländischen Produktionsfaktoren der Valutarentwertung angepaßt haben, schlagen nunmehr getrennt die jetzt im Kielwasser der Devisenbewegung einhergehende Erhöhung der Löhne,

Kohlenpreise Frachttarife von neuem auf die Preise auf, trotzdem dadurch in Wirklichkeit eine doppelte und dazu in jedem der beiden Ausfalllagen eine übereckstehende Ausgleichung der inländischen Produktionsverteilung erfolgt. Vielleicht greifen die Zähne des Preisrades so ineinander, daß gar nicht erst abgewartet wird, ob und in welchem Maße die Kohlenindustrien ihre Preise erhöhen werden, sondern in unzähligen Schätzungen solcher als wahrscheinlich bezeichneten Erhöhungen verlaufen die verbrauchenden Industrien bereits, das erwartete Höchstmaß der Kohlenpreishöhen einzukalkulieren. So hat kiraz das Nachrichtenamt des Magistrats zu Berlin die für den 1. Oktober beschlossene Erhöhung der Preise für elektrischen Strom von 12 auf 25 % für die Kilowattstunde unter anderem damit motiviert, daß die Kohlenpreise im Oktober auf über 8000 % für die Tonne steigen werden gegenüber einem Preis von 2750 % im Monat September. Daß in der Tat die Kohlenpreise im Oktober auf über 8000 % erhöht werden, steht noch keineswegs fest. Wenn es aber geschehen sollte, so würde diese neue Preisverdopplung durch die gegenwärtigen Verhältnisse in keiner Weise gerechtfertigt sein. . . . Selbst wenn, was aber gänzlich ausgeschlossen ist, die Löhne wiederum eine sehr beträchtliche Erhöhung erfahren sollten, wäre eine derartige exorbitante Steigerung der Löhnenpreise durch die Verhältnisse in keiner Weise geboten. Daß sie im gegenwärtigen Augenblick, in der die Valuta einige Ruhe zeigt, unter allen Umständen vermieden werden müßt, liegt auf der Hand, denn die Folgen einer solchen neuen gewaltigen Löhnenpreisteigerung wären unausdenkbar. Eine neue Welle von Preissteigerungen würde sich über alle Städte der Warenproduktion ergießen und der allgemeinen Preisbewegung wiederum einen starken Auftrieb geben, während das Streben aller wirtschaftlichen Kreise darauf gerichtet sein muß, das Preisrad nach dem Auslaufen der aus der letzten Devisenbewegung hervorgegangenen inneren Erhöhungen möglichst schnell zum Stillstand zu bringen.“

Bei einer Erhöhung der Kohlenpreise auf einen Satz von über 8000 % würde der deutsche Kohlenpreis völlig oder fast völlig auf die Höhe des englischen gebracht werden. Damit bestünde die Gefahr, daß das gesamte Preisniveau im Inland, das schon heute in vielen Waren nur noch unerheblich unter dem Weltmarktniveau liegt, dieses erreichen, ja zum Teil sogar übertreffen würde. Damit würde weiter die Gefahr verstärkt, daß die Kapitalnot, die schon jetzt infolge der in kurzer Zeit gewaltig emporgeschossenen Preise sehr groß ist, geradezu katastrophale Dimensionen annimmt, wesentliche Teile der Warenverzehrung zum Stillstand bringt, zu noch schärferen Produktionseinschränkungen und zu noch schärferer Arbeitslosigkeit führt. Eine solche Entwicklung liegt nebst im Interesse des Konsums noch in dem der Produktion. Von der oft als erforderlich bezeichneten Produktionssteigerung und Wiederbeschaffung der abgefeierten Waren durch Produzenten und Händler, die angeblich durch die Zeuerung „auskömmlicher“ Preise gefördert werden soll, kann dabei gar keine Rede sein. Das Erfordernis der Stunde ist vielmehr äußerst massenhaft in der Preisbewegung. Eine Politik, die hemmungslos auf den Bahnen der Preissteigerung fortentreiben und nach der Anpassung oder Übereinstimmung der Weltmarktpreise die letzte Rettung etwa in einer neuenlichen Senkung der deutschen Valuta (in den letzten Tagen hat sich der Dollar ohne jeden sachlichen Grund wieder nach oben bewegt) sehen würde, wäre nicht nur unsinnig, sondern auch verbrecherisch. Sie müssen angeichts der Absatzstagnation, die sich schon heute auf vielen Gebieten der Tertiärerzeugung zeigt, unbedingt aus dem Kalkulationstaumel herauskommen und wieder in besonnene Bahnen einlenken.“

Das „Berliner Tageblatt“ wird wohl niemand im Verdacht haben, es habe die antikapitalistischen Tendenzen. Der vorstehende Warnungsruf an die Adresse der Produzenten und Händler gewinnt deshalb eine besondere Bedeutung. Hier wird von einem Blatte, das aus seiner Vorliebe für die kapitalistische Wirtschaftsweise nie ein Hehl gemacht hat, klipp und klar zugegeben, daß mit den gegenwärtigen Preisen Wucher, schamloser Wucher getrieben wird.

Allgemeine Rundschau

Partei und Gewerkschaft sind eins!

Die soeben vollzogene Einigung der Mehrheitssozialisten mit den Unabhängigen wird von dem „Korrespondenzblatt“ des sozialistischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit großer Freude begrüßt, was man angesichts des bisherigen wüsten Richtungstreites in den freien Gewerkschaften gut begreifen kann. Nicht minder erfreut ist der „Vorwärts“. Er schreibt:

„Diese herzliche Begrüßung der Einigung ermutigt zu der Hoffnung, daß nun auch in das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft ein neuer frischer Zug hineinkommen wird. Es ist die Aufgabe der Partei, die Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Politik zu fördern, in der Parteipresse die Kämpfe der Gewerkschaften zu unterstützen und ihnen nach Kräften jede Befreiungserklärung zu erhalten. Um diese große Aufgabe erfüllen zu können, dazu bedarf die Partei auch der tätigen Mitwirkung der Gewerkschaften. Möge sich so, im Sinn einer zweckmäßigen Arbeitsteilung, das Wort erfüllen: „Partei und Gewerkschaft sind eins!““

Diese Auskündigung des sozialdemokratischen Zentralorgans bestätigt erneut, wie der Neutralitätsbeschluß des Rückberges „freien“ Gewerkschaftscongreses gemeint

war: Neutralität nur den sozialistischen Parteien gegenüber. Jetzt, nach der Einigung der bisher feindlichen Gruppen S.P.D. und U.S.P.D., kann man getrost wieder die alte Böhmischburgsche Parole her vorholen: „Partei und Gewerkschaften sind eins.“ Wir freuen uns dieser Offenheit. Eine klare weltanschauliche Scheidung in der deutschen Arbeitnehmerbewegung dringend notwendig erkennt nun der letzte christliche Arbeiter in den freien Gewerkschaften, daß sein Platz dort nicht länger sein kann, und daß er in die christlichen Gewerkschaften gehört.

Erfahrungen eines Sozialdemokraten

Der Bruderkampf im Volke zwischen geistig und ungeistig geht weiter. Die Schichten des Volkes, die aufeinander angewiesen sind, Zusammenarbeit zu leisten, beobachten sich. Darin liegt die Tragik des deutschen Volkes und ein Hindernis, neues Leben zu gestalten. „Die Arbeiterschaft, heute gespalten in wütend sich bekämpfende Parteien, die sich alle auf Marx berufen, kommt nicht vorwärts ohne die Mitarbeit dieses Teils des Mittelstandes (des geistigen).“ (Dr. Ludwig H. Schmidt) in der Zeitschrift „Die Glocke“ (Nr. 25/1922) ab. Er führt dann fort:

„Wie oft wird heute so bitter erkannt, daß Sozialismus keine intellektuelle Einstellung, sondern im Grunde Gefüllung ist. Aber jede Gefüllung hat letzten Endes eine religiöse Wurzel, und da wiederum ist es bedeutsam, daß von jener vor allen Dingen der geistige Mittelstand traditionell die Religiosität pflegte, in gutem wie in bösem Sinne. Er gab den Nährboden ab für die Auseinandersetzungen der Reformation, wichtiger aber noch für das Zeitalter des Pietismus. Zwar entartete zu Zeiten die wahrhaft freie Freiheit in einen orthodoxen Konfessionalismus, in eine üble Sektererei, die schließlich in konfessioneller Haarspalterei verbandete. Heute sind die Zeitläufe dazu angekommen, den Menschen von dem Größenahnung des nunmehrigen Jahrhunderts zu heilen (!), und kein Staud konnte bessere Folgerungen aus den gewaltigen Erlebnissen des letzten Jahrzehnts ziehen als gerade die so über vom Schicksal mißhandelten Geistigen. Tatsächlich geht auch durch Deutschland, durch die ganze Welt eine religiöse Welle, die zunächst einmal berufen ist, die Synthese des Geistesgegens der Zeitzeit zu geben, und aus dieser Welle kann neue Gefüllung entstehen, nachdem eine Menge Aufsicht hinweggespielt ist. Soweit diese Gefüllung nicht einer Nebenströmung der Zeit folgend, sich in erotischen Spielen, bläßlicher Sinnahme mißverstandenen Asiaturtums verlieren wird, sondern, Jahrhunderte alter Tradition bewußt, am Urchristentum anknüpfen will, solange besteht die freudige Hoffnung, daß diese Gefüllung zum Sozialismus führt.“

„Wenn die Entwicklung zum Sozialismus fortschreiten soll, so muß die religiös bewegte Jugend der Deklassierten (des verarmten Mittelstands) mit der Arbeiterjugend gemeinsam handeln.“

Deutlich empfindet dieser Sozialdemokrat die Bedeutung und das schöpferische Unvermögen marxistisch-materieller Welt- und Lebensanschauung. Er erhofft einen Zuwachs von religiösen Triebkräften zu dem Zwecke, „den Sozialismus seelisch zu befürchten“. So haben seit der Revolution schon manche Sozialdemokraten gesprochen. Sie sind weiße Raben geblieben in ihrer Partei. Praktisch sehen wir nur dies: Wo die Sozialdemokratie allein an der Macht ist, wie z. B. im Freistaat Sachsen, dann sie sich nicht genug tun in einem kleinen und gehässigen Kampf gegen alles Religiöse. Leiderdies ist es ein Irrglaube, anzunehmen, es könnte dem marxistischen Sozialismus durch die Ausweitung eines religiösen Reiches neues Leben eingebracht werden. Er muß umlernen von Grund auf.

Verschmelzung der Kriegsbeschädigtenverbände?

In der letzten Zeit haben mehrfach Verhandlungen stattgefunden zwischen dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, dem Internationalen Bund der Kriegsoffiziere, dem Einheitsverband der Kriegsbeschädigten und dem Bund erblindeter Krieger, die bezwetteten, die Kriegsbeschädigtenbewegung durch Verschmelzungen innerhalb der Verbände mehr zu vereinheitlichen. Den Verhandlungen fehlte allerdings jeder positive Leitgedanke. Eine feste Richtung wurde jedoch schon gegen Ende der ersten Sitzung dadurch wahrgenommen, daß man einer Entschließung des Führers des Internationalen Bundes zustimmte, deren Kernabsatz folgendermaßen lautet:

„Die Kriegsbeschädigtenorganisation ist jedoch nicht in der Lage, das Kriegsbeschädigtenproblem zufriedenstellend zu lösen, wie der eingetretene Abbau der Versorgung beweist; deshalb erstrebt sie die enge Führungnahme und Verbindung mit den freigewerkschaftlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen und erwünscht, in voller Solidarität mit diesen Organisationen an der Lösung der Kriegsopferfrage zu arbeiten.“

Auf der Grundlage dieser Entschließung sind die weiteren Verhandlungen bis jetzt fortgeführt. Es scheint, als ob noch keine der vorgenannten vier Organisationen aus den Verhandlungen ausgeschlossen ist, woraus sich ableiten läßt, daß die vier genannten Organisationen die vorliegende Resolution des Internationalen Bundes als eine geeignete Verschmelzungsgrundlage ansehen. Die einzige Linke trifft inzwischen ihre Vorbereitungen für die Schaffung dieser großen, den sozialistischen Gewerkschaften anzuzeichnenden Kriegsopferorganisation, für die sich namentlich die kommunistische „Rote Fahne“ stark einsetzt.

Am 7. Oktober 1922 ist der einundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

Aus diesen Vorgängen läßt sich entnehmen, in welcher Richtung sich anscheinend ein großer Teil der Bewegung der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen einstellen will.

Es ist bemerkenswert, daß auch versucht wurde, den Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener in die Verschmelzungsbemühungen mit hineinzuziehen. Der Zentralverband hat den anderen Organisationen mitgeteilt, daß der Vorschlag des Internationalen Bundes für den Zentralverband keine brauchbare Verschmelzungsgrundlage und auch keine Grundlage der Verhandlungen über eine Zusammenlegung der Organisationen ist. Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, Berlin N° 18, Große Frankfurter Straße 53 I, bezieht sich auf der Grundlage parteipolitischer und religiöser Neutralität die Vertretung der sozialpolitischen und der besonderen wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder. Er läßt sich neben seiner Hauptaufgabe, der Interessenvertretung für die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen die Pflege echter Kameradschaft, die Liebe zu Heimat und Volk nach Kräften anlegen.

Aus den vorstehenden Schilderungen und dem daraus sich ergebenden Charakter der verschiedenen Organisationen können die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen erkennen, in welcher Organisation ihr Platz ist.

Lebensmittelpreise jetzt und früher

Manche Leute wollen nicht begreifen, daß der Hinweis auf die „hohen“ Arbeiterlöhne an sich gar nichts beweist. Man muß Preise und Löhne gegenüberstellen, und zwar in ihrem Verhältnis zur Friedenszeit. Nun verdiente ein Berliner Maurer Anfang September 1922 nicht ganz das 82fache dessen, was er Anfang 1914 je Stunde verdiente. Die Preise nahmen nach einer Darstellung im „Dyograph“ (Organ des Gutenbergbundes) folgende Entwicklung:

	1. August 1914	11. Sept. 1922	um das
Brot	—50	34,—	68fache
Weizenmehl	—18	45,—	250
Erbsen	—20	50,—	250
Bohnen	—20	40,—	200
Hafersflocken	—40	40,—	100
Apfelsinen	—40	48,—	120
Grieß	—25	42,—	168
Graupen	—17	32,—	188
Reis	—30	46,—	153
Zucker	—30	60,—	200
ein Ei	—08	13,60	170
Milch, Liter	—20	34,—	170
Kaffee	—2,—	400,—	200
Butter	—1,—	260,—	260
Margarine	—60	200,—	333
Schmalz	—75	240,—	320
Marmelade	—20	54,—	270
Mindfleisch	—60	110,—	183
Schweinefleisch	—70	169,—	228
Schellfisch	—20	42,—	210
Petroleum, 1 Liter	—20	65,—	325
Brötchens, 1 Beutel	—1,—	240,—	240
Kiefernholz, 1 Meter	10,—	2800,—	280
Streichölzer, 1 Schacht	—01	2,—	200
Seifenpulver	—15	48,—	320
	20,50	5105,60	247fache

Die Gegenüberstellung ist auch um bestwilkt interessant, weil sie die angeführten Artikel ziemlich genau auf der Goldparität zeigt. Bekanntlich zahlt die Reichsbank seit Anfang September für ein 20 Mark-Goldstück 5000 Papiermark = das 250fache.

Die Flucht vor der Mark

trägt nächst den unmittelbaren Wirkungen des Versailler Vertrages die Hauptschuld an dem Niederbruch unserer Währung. Erst flüchtete man von der Mark in Waren- und ionstige Sachwerte, neuerdings von der Mark in Devisen. Alles möchte die wertlose Papiermark los sein und sich dafür Zahlungsmittel der sozialstaatlichen Länder (Polen, Prüm, Gulden usw.) beschaffen. Zu dem mangelnden Vertrauen des Auslandes in unsere Währung tritt also das mangelnde Vertrauen des Inlandes in gleicher oder noch verschärfter Form.

Neuerdings macht sich im Geschäftsleben eine Erscheinung bemerkbar, die noch gemeinhinlicher wirken muß als die Privatspekulation in Devisen. Es ist das Bestreben der Verkäufer, sich für ihre Erzeugnisse in ausländischer Währung bezahlen zu lassen. Auf der Leipziger Messe, wo diese Tendenz erstmals in größerem Umfang in Erscheinung trat, kam es deswegen zu erregten Protesten der Käufer. Das hat so gut wie gar nichts geholfen, denn ein wirtschaftlicher Interessenverband nach dem anderen schreibt seinen Wünschen die Zahlung in ausländischer Währung vor, darunter solche, die keine oder sehr wenig ausländische Rohstoffe verarbeiten und erst recht nicht die Löhne und Gehälter in Dolär zahlen.

In einer kürzlich stattgefundenen Versammlung des Verbands rheinischer Industrieller hat Dr. Streimann, der Führer der Deutschen Volkspartei, die wohl die meisten Industriellen umschließt, mit schweren Worten auf die volkswirtschaftliche Gefährlichkeit eines solchen Beginnend hingewiesen. Die Privatspekulation in Devisen bedeute die moralische Verlumung eines Volkes, die mit allen Mitteln bekämpft werden müsse. Es sei auch absurd falsch, wenn unsere Industrie ihre Rechnungen in ausländischer Währung ausstelle. Denn wenn die Deutschen selbst die deutsche Mark verachteten, wie könne man dann verlangen, daß

das Ausland der Mark auch nur das kleinste Maß von Achtung entgegenbringe.

Der volksparteiliche Führer hat durchaus recht. Wie wenig aber seine Mahnungen in den Kreisen, an die sie sich richten, beachtet werden, zeigen die vorstehend mitgeteilten Tatsachen. Wenn endlich so fragen wir mit: „Deutschland wird dieser ge meine Welt schaffen?“ Es muß, wenn er sich ungehindert ausbreiten kann, sehr bald zum vollständigen Zusammenbruch unserer Währung führen.

Koalitionszwang ungesehlich

Das Reichsgericht hat jüngst eine Entscheidung gefällt, der angesichts des Düsseldorfer Vorgehens eine besondere Bedeutung zukommt. Es heißt darin:

„Der natürliche und von der Rechtsordnung anerkannte Grundzustand der freien Willensbestimmung gilt auch für den Anschluß an Vereine und Organisationen, gleichgültig, welche Ziele sie verfolgen; für wirtschaftliche Organisationen eine Ausnahme zu machen, schlägt jede Grundlage. Sie sind, zumal § 152 Abs. 2 RGO. (freier Rücktritt) noch bestehend, nicht günstiger gestellt, als andere Vereinigungen. Die Reichsverfassung spricht an keiner Stelle auch nur andeutungsweise einen Zwang zum Anschluß aus. Daß die nach dem revolutionären Umsturz einsetzende Gesetzgebung einen solchen Zwang auch gar nicht gewollt hat, ergibt sich daraus, daß ein allgemein für verbindlich erklärter Tarifvertrag auch für den Nichtorganisierten Gültigkeit hat, daß im Betriebsratgesetz die Gleichstellung der Nichtorganisierten mit den Organisierten insfern festgestellt wird, als die Einführung von Arbeitnehmern nicht von der Mitgliedschaft zu einem Verein oder Verband abhängig gemacht werden darf. Wohl können die Organisierten Druck auf die zum Anschluß Nichtbereiten ausüben und Maßnahmen treffen, um ihren Widerstand zu überwinden, wenn diese nicht gegen die guten Sitten verstößen, nicht aber, wenn der dem Gegner zugesetzte Nachteil so erheblich ist, daß dadurch dessen wirtschaftliche Vernichtung herbeigeführt wird oder, wenn der Nachteil, der dem Gegner erwächst, zu den erzielten Vorteilen in seinem Verhältnis steht. An dieser Annahme hält der Senat auch für die Zeitzeit fest.“

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Köln

Schiedsspruch des Bezirkslohnantes für Hoch-, Beton- und Tiefbau vom 26. September 1922.

1. Die Löhne der Facharbeiter im Baugewerbe werden in allen Bezirken (ausgenommen Düsseldorf) um 40 Mark vom 25. September 1922 ab erhöht.

Die Löhne der Hilfsarbeiter betragen für die Gewölle mit dem Kölner Facharbeiterlohn vier Prozent weniger als deren Lohn; in den übrigen Bezirken fünf Prozent. Die Löhne werden um zehn Pfennige nach oben abgerundet.

2. Die Tiefbauarbeiter sollen denselben Zuschlag erhalten, wie die Bauhilfsarbeiter, die tatsächliche Differenz soll sich nicht vergrößern.

3. Die Löhne der Jugendlichen betragen 25, 40, 58 und 72 Prozent des Hilfsarbeiterlohnes.

4. Bezuglich der Akkorde gelten die Bestimmungen des Schiedsspruches vom 18. Februar 1922.

5. Der Schiedsspruch gilt als angenommen, falls nicht bis Dienstag, den 3. Oktober 1922 nachmittags 1 Uhr, eine gezeitige Erklärung bei dem Vorsitzenden des Bezirkslohnantes eingegangen ist.

Gez.: Justizrat Meiss.

Dennoch betragen die Löhne im Kölner Gebiet:

für Facharbeiter	115,— pro Stunde
Zimmerer	115,40
Zementarbeiter	112,70
Bauhilfsarbeiter	110,40
Tiefbauarbeiter	110,20
Maurerpoliere	6640,— pro Woche
Zimmererpoliere	6660,—

Aus dem Verbandsleben

Rohrschan. Am 27. August fand in unserer Ortsgruppe eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Magisch gab uns einen Überblick über den neuen Reichsstaatvertrag. Weiter sprach er über die Bauproletarienterritorialität, die sich jetzt gut emporträumt. Er nahm die Kollegen, Vertreter zu der Gewerkschaft zu haben und überflüssiges Kapital in der Genossenschaft einzulegen. Es kann jeder Mitglied werden, wenn er 500,- bezahlt. Die rege Aussprache bewegte sich in zustimmendem Sinne.

Ramsdorf (Pr. Borken). Unsere liegenden Kollegen leisteten dem Rufe der Organisation Folge und versammelten sich am 20. September, um Kämpfer in unserem christlichen Bauarbeiterverband zu werden. Kollege Eining referierte über „Zweck und Ziele unseres Verbandes“. In anschaulicher Weise entrollte er ein Bild der Entwicklung der Organisation und zeigte an Hand von Beispielen den großen Wert der gewerkschaftlichen Einrichtung. Die ließ durchdringende Ausführungen fanden allseitigen Beifall. Mit großer Begeisterung erklärten alle Kollegen ihren Beitritt. Als Verbandsmann wurde einstimmig Kollege Heinrich Grafe gewählt. Kollegen von Ramsdorf, da ihr nunmehr den Rufen der Organisation erkannt haben, holten die bei der Gründungsversammlung gefassten Vorläufe gewissenhaft fest, dann wird unser christlicher Bauarbeiterverband allzeit in der Lage sein, eure berechtigten Interessen nachdrücklich zu vertreten.

Die Kriegsbeschädigtenbewegung

Eine der aus der Not der Zeit geborenen Bewegungen ist die der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Leider ist aber auch diese Bewegung mit dem alten Erbubel der Gewerkschaftsbewegung, der politischen und religiösen Herrschaftsbeziehungen, belastet, sehr zum Nachteil der Beteiligten selbst. Die Bemühungen, eine einheitliche Organisation für alle Opfer des Krieges zu schaffen, scheiterten leider an der Parteipolitik, mit der parteipolitisch und antisozialistisch einseitig gerichtete Persönlichkeiten an der Erfassung von Organisationen tendenzieller Richtung festhielten. So ist neben den Kriegervereinen auch noch der kommunistische "Internationale Bund der Kriegsoptiker" und der "Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen" gegründet worden, der in der Kriegsbeschädigtenbewegung etwa die Rolle der sozialistischen freien Gewerkschaften in der Gewerkschaftsbewegung vor 15 Jahren spielt und vollkommen sozialistisch eingestellt ist. Die Gründung dieses Reichsbundes, zunächst unter dem Namen "Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer", ist unter dem Vorsitz des Vorwärtsredakteurs und mehrheitssozialistischen Abgeordneten Gustav und der Mithilfe der sozialistischen Gewerkschaften und der sozialistischen Partei erfolgt. Schon die Gründung zeigte, daß es sich um eine Sammlung der auf internationalem Boden stehenden und um eine Umnebelung und ein Einholen der auf "nationalem" Boden stehenden Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen handelte. Vorsitzender des Reichsbundes ist der mehrheitssozialistische Landtagsabgeordnete Marose. Wie der Reichsbund von vornherein von den freien Gewerkschaften und sozialistischen Parteien begünstigt wurde und heute noch empfohlen wird, zeigt z. B. die Propaganda, die vom Jahre 1917 an bis auf den heutigen Tag in der freien Gewerkschaftspresse für ihn getrieben wurde. Es heißt z. B. im "Korrespondenzblatt" der Generalkommission schon im Jahre 1917 in bezug auf den zu gründenden Reichsbund: "Diese besondere Organisation müßte, von proletarischem Geiste erfüllt, den Kriegsteilnehmern bei der Arbeiterschaft die Stätte werden, in der sie ... ihre bestimmten Spezialinteressen mit aller Entschiedenheit verfechten könnten. Wenn die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter diese Organisation der proletarischen Kriegsteilnehmer tatkräftig fördern und unterstützen, dann wird die fördernde Wirkung auf den Mitgliederbestand der Gewerkschaften und der Partei nicht ausbleiben." Bezeichnend für den Geist des Reichsbundes ist die Tatsache, daß er bereits bei seinem vor zwei Jahren stattgefundenen Würzburger Bundesitag mit einer Majorität von neun zu zehn Stimmen den Beschluß gefasst hat, mit der von einem Franzosen geleiteten kommunistischen Internationalen Liga der Kriegsteilnehmer zwecks Antritt in Verhandlung zu treten. Der Reichsbund versucht jedoch, die Kriegsoptiker selbst wie auch die Dissenlichkeit über seine einseitige Tendenz hinwegzutäuschen und sich als eine parteipolitisch und religiös neutrale Organisation hinzustellen, um besser Mitgliederwerbung treiben zu können. Es sei deshalb demgegenüber darauf hingewiesen, daß als älteste und größte parteipolitisch und religiös neutrale Organisation der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, Berlin R. O. 18, Große Frankfurter Straße 53, in Frage kommt. Der Zentralverband verfolgt seinerlei Nebenziele: seine Tätigkeit besteht lediglich in der Vertretung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, für die die fachliche Arbeit des Zentralverbandes schon viele Erfolge gezeigt hat. Der Zentralverband mit seinen mehr als 300 000 Mitgliedern bietet die Gewähr dafür, daß er auch künftig die Interessen der Kriegsoptiker mit Radikalität vertreten wird. Es liegt deshalb im eigenen Interesse aller Kriegsoptiker, wenn sie den Zentralverband möglichst zu stärken suchen.

Bau-Rundschau

Privateunternehmer für die Sozialisierung der Baustoffindustrie?

Die gegenwärtige Krise der deutschen Bauwirtschaft hat die Aupernahme weiter Kreise wachgerufen. So steht im "Berliner Tageblatt" der Direktor einer Berliner Bauunternehmung Dr. Klein fest, daß im Laufe weniger Wochen, in denen sich die Löhne verdoppelt haben, die Baustoffpreise durchschnittlich an das Giebelhablaube gekiegen sind. Auf Grund dieser Tatsache kommt Herr Klein zu folgender bemerkenswerten Forderung:

"Sehr die staatlichen und behördlichen Stellen sich nicht dazu verstellen können, Hand zu tun mindestens auf die Bodenschäfte zu legen, die für die Errichtung von Siedlungsbauten erforderlich sind, und deren Preise damit auf einen dem Landswert der Markt entsprechen den Stand zu bringen, so ertheilt die Regierung auch mit eines einzigen weiteren Maßnahms für die Fortführung der Siedlungstätigkeit als eine Urasistung."

Wenn selbst aus dem Lager der Privateunternehmer heraustretende Forderungen erhoben werden, dann gibt das gewiß zu denken. Von unserer Seite ist immer daran zu denken, daß eine Verbürgung der Bauauftrag mit auf dem Tage über eine behördliche Verbürgung der Bauausgabe zu erreichen ist.

Eine bedeutsame Forderung der Bergarbeiter

Der "Bergarbeiter" vom 30. September bringt folgende Forderung:

Reaktionärer Redakteur und Verleger: E. Schäfer. Druck: Petersdorffsche Verlag

"Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hat dem Reichswirtschaftsminister einen Vorschlag unterbreitet, den die in Überprüfung gepröften Kohlenkontingents dem Verband sozialer Betriebes bzw. dem Reichsverband deutscher Bau- und Produktionsgenossenschaften überwiesen werden, die die Zementproduktion wirtschaftlicher gestalten, die Erzeugung vermehren und die Preise verbilligen helfen wollen."

Erhöhung der Kohlenabgabe für den Bergarbeiter-Wohnungsbau

Durch Bekanntmachung vom 30. August wurden die Beiträge für den Bergarbeiterwohnungsbau erhöht und die Sätze für die Kohlenabgabe mit Wirkung vom 1. September 1922 bis 30. Juni 1923 dahin geändert, daß nunmehr je Tonne erhoben werden: für Steinkohlen 36 Pfennig, für Koal 54 Pfennig, für Braunkohlenbitkett, Kupferschiefer und Grubekoks 36 Pfennig, für Rohbraunkohle 12 Pfennig.

Ein optimistisches Urteil über die Lage des Baugewerbes

finden wir im neuesten Heft des "Baumarktes":

"Über die Gestaltung der Bau-Marktlage blieben auch in der vergangenen Woche die Ansichten sich widersprechend. Man sieht fortgelebt ungünstige Nachrichten über die Rückwirkung der neuen Bauwertsteuerung, meist jedoch allgemein ausgedrückt, ohne bereisende Angaben. Wir können auf Grund unseres gewiß nicht überflächlichen Eindrückes noch immer feststellen, daß einer gerungenen Zunahme des Baustoffangebotes kaum Abweichung der bisherigen Nachfrage gegenübersteht, daß sogar in gewissen Bezirken und gewissen Bauwettern die Nachfrage noch zunähm. Wer gesehen darf natürlich nie werden, daß wir uns in der zweiten Septemberhälfte befinden, in der man ein Ansteigen der Bauaktivität von vornherein außer Betracht lassen muß."

Bedauerlicherweise kommt aus der Bandwirtshaus die Mitteilung, daß letztere die Bauveränderungen befürwortet und infolgedessen mit neuer Baubeschäftigung rechnet. Die Landwirtschaft hat hierzu gewiß keinen Anlaß und wird höchstens bald zu der Einsicht kommen, daß nicht sie allein hohe Preise nehmen kann, sondern auch andere der Erfolg ihrer Unfosten zugesehen muß."

Wir können diesen Optimismus nicht teilen. Die sich gleich bleibende Nachfrage nach Baustoffen dürfte in erster Linie durch das Verstreben veranlaßt sein, die bereits begonnenen Bauten so schnell wie möglich fertig zu stellen. In einigen Wochen wird deshalb wohl auch die Baustoffindustrie über stark rückläufige Bewegung der Nachfrage berichten.

Don den Arbeitsstellen

Bauunfall

Bottrop. Am 7. September verunglückte unser Kollege Dölle auf der Zeche Prosper 3 dadurch, daß er beim Gerüstabauen das Gleichgewicht verlor und auf einen eisernen Träger aus circa vier Meter Höhe stürzte, wodurch er sich eine schwere Gehirnerhüllung zuzog. Mehrere Tage war Dölle bewußtlos und nur den größten Anstrengungen der Ärzte gelang es, ihn wieder ins Bewußtsein zurückzuführen. Nach genauer Information liegt ein Verschulden der Bauleitung nicht vor. Das Unglück kam also durch einen unglücklichen Zufall entstanden sein. Hinsichtlich trägt unser Kollege, der zurzeit noch schwer darunter leidet, keinen darüber hinausgehenden oder geistigen Schaden davon. Für unsere Kollegen auf den Arbeitsstellen ergibt sich aber hieraus die heilsame Mahnung, mehr denn je beim Gerüstbau Voricht obzuhalten zu lassen und die Bauarbeiterichungsbestimmungen strengstens inne zu halten, wollen sie nicht ihr Leben unnötig ausspielen. Meines Erachtens wird in dieser Hinsicht auf manchen Baustellen noch viel gesündigt. Deshalb, Kollegen, sorgen wir überall für guten Bauarbeitergeschmack, eventuell durch Anstellung von Baukontrollen! J. C.

Bücher

Empfehlenswerte Bücher

Der gute Gewerkschafter ist seit eifrig bemüht, seine Wissen und Können zu vervollkommen. Eine Quelle gewerkschaftlicher und staatapolitischer Bildung sind folgende Schriften:

Steigerwald, Adam. Zusammenfach und Bielefeld 8 M.; Deutsche Lebensfragen. (Grauer Bericht 1920) 5 M.; Staatische Kraft über rohe Gewalt. (Borchardt in Dortmund 1920) 1 M.

Grauer, Dr. Theodor. Die Gewerkschaft als Organ der Sozialwirtschaft 6 M.; Christentum und Sozialstaat (Grauer Bericht 1920) 3 M.; Gemeindestaat. (Grundzüge politischer Sozialaufsicht) 4. Auflage 5 M.

Die christlichen Gewerkschaften. 2. Auflage 6 M.; Der Gewerkschafter der christlichen Gewerkschaften. 2. Auflage 7 M.

Zeitschrift für Betriebswirtschaftslehrer. 3. verbesserte und erweiterte Auflage 15 M.

Handbuch für die Mitarbeiter in der Jugendbewegung der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. 10 M.

Berufsberatungen. Eine Quellsammlung herborragen der Autoren für die Lösung des Berufproblems. 5 M.

Die Ortsartelle innerhalb der christl. Gewerkschaftsbewegung. 3 M.

Unterrichtsrüste. (Eine Anleitung.) 2 M.

Protokoll des 10. Gewerkschaftskongresses in Essen 1920. 25 M.

Leiderbuch für die Jungmannen der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. 5 M.

Um die hohen Betriebspesen bei Einzelabnahmen zu sparen, liegt es im eigenen Interesse, wenn die Bestellungen nach Möglichkeit durch die Verbands- oder Kartellsekretäre erfolgen. Bücherbestellungen werden, wenn keine weiteren schriftlichen Mitteilungen gemacht werden, zu einem bedeutend geringeren Porto (augenblicklich 50 Pf.) befördert.

Christlicher Gewerkschaftsverlag
Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 23

Kritische Betrachtungen zur gleitenden Lohnskala

Herausgegeben vom Deutschen Gewerkschaftsbund. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 23.

Diese, in den letzten Tagen erschienene Schrift enthält ausführliches und aktuelles Material zu der unter dem Einfluß der Geldentwertung brennend gewordenen Frage des Gleitlohnes. Die Schrift bringt zunächst die Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die zu einer Entschließung führte, in der es unter anderem heißt: "Der Deutsche Gewerkschaftsbund kann in der gleitenden Lohnskala kein geeignetes Mittel für die Regelung der Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter erblicken, weil diese Methode selbst bei günstigster technischer Durchführung höchstens eine automatische Unpassung der Löhne und Gehälter an die Veränderungen des Geldwertes ermöglicht. Es muss aber stets gewerkschaftliches Ziel bleiben, das Realeinkommen entsprechend der Gesamtentwicklung der Volkswirtschaft zu steigern." Ferner wird die Stellungnahme einzelner Verbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie der anderen Gewerkschaftsrichtungen mitgeteilt, sowie Ausführungen der Arbeitgeber und der Regierung. Eine ausführliche Besprechung finden die bisherigen Erfahrungen mit der gleitenden Lohnskala in Deutschland und Österreich, sowie die Voraussetzungen, die gegebenenfalls eine gleitende Lohnskala, falls sie unter dem Zwang der Verhältnisse sich einbürgern sollte, erst möglich machen, nämlich insbesondere eine verbesserte Lebenshaltungs- sowie Gehalts- und Lohnstatistik.

Die Schrift kostet für Mitglieder der dem D.G.B. angeschlossenen Verbände 12 M., im Buchhandel 25 M.

Bekanntmachung

"Deutsche Arbeit"

Die bisherigen Bezieher der "Deutschen Arbeit" müssen, wenn sie die Zeitschrift im 4. Quartal weiter halten wollen, den Abonnementsbetrag von 30 Mark unverzüglich an die Hauptkasse unseres Verbandes entsenden.

Der Hauptvorstand.

J. A.: G. Jacob.

Sterbetafel.

Am 26. August starb nach längerem Leiden unser lieber Kollege Fritz Schüßler an Magenkrebs im Alter von 48 Jahren.

Ortsgruppe Köln-Wilhelm.

Am 15. September starb infolge eines Eisenbahnunfalles unser treuer Kollege Franz Henkel aus Brüsselbach im Alter von 52 Jahren.

Ortsgruppe Schwelm.

Am 16. September starb nach längerem schwerem Leiden unser lieber Kollege Georg Reureiter im Alter von 62 Jahren.

Ortsgruppe Rosenthal.

Am 25. September starb an den Folgen eines Bauunfalls unser treuer Mitglied, der Maurer Heinrich Wölker im Alter von 64 Jahren. Verwaltungsstelle Lingen/Ems.

Ehre ihrem Andenken!

Berförgungsstelle zur Beschaffung von Landeserzeugnissen G.m.b.H.

Berlin NW 6, Luisenstr. 38

Gefüllung des D.G.B. 1000, 9115, 9116, 9117

Margarine Marke „Verbella“

zu Gebührenpreisen in Kisten zu 30 kg. in 1/1 Pfd.-Paketen Post- und Bahnverband.

Die unmittelbare Füllung zwischen Produzenten u. Verbraucher